

Herrn  
Professor Dr. Karl Lauterbach  
Bundesminister für Gesundheit  
Friedrichstraße 108  
10117 Berlin

August 2022

## Offener Brief

Sehr geehrter Herr Bundesminister Lauterbach,

wir, niedergelassene Ärztinnen und Ärzte, Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten in Schleswig-Holstein, protestieren gegen die Honorarkürzungen, die mit der geplanten TSVG-Rückabwicklung einhergehen werden. Honorarkürzungen werden entgegen Ihrer Verlautbarung zwangsläufig Leistungskürzungen für Versicherte nach sich ziehen.

- Trotz Pandemie und unter hohem Aufwand und Personaleinsatz wurden nachweislich zusätzliche Termine für Neupatienten angeboten und Wartezeiten verkürzt, wie es die Politik ausdrücklich mit dem TSVG gewollt hat. Im Nachgang wird nun die medizinische Leistungsfähigkeit der Praxen während der Pandemie durch die geplanten Honorarkürzungen abgewertet.
- Honorarkürzungen in den Praxen sind gleichzeitig ein erneutes fatales Signal an medizinische Fachangestellte, die im Gegensatz zum Pflegepersonal in Kliniken und Heimen keine politische Wertschätzung für ihre enormen Leistungen in der Pandemie erfahren haben. Die Abwanderungsquote des Fachpersonals aus Praxen ist bereits jetzt hoch.
- Die geplante Honorarkürzung sendet zudem das demotivierende Signal an den dringend in unseren Praxen benötigten ärztlichen Nachwuchs, dass die politischen Rahmenbedingungen der ambulanten Versorgung nicht verlässlich sind und mit ihnen nach Belieben verfahren wird.
- Offenbar denken Sie schon heute an eine Wiederholung der Impfkampagne, möglicherweise sogar in einer Dauerschleife. Wir denken: Ärztliche Arbeitszeit ist endlich, ebenso die des medizinischen Fachpersonals. Sie können jetzt davon ausgehen, dass Praxen und ihr Personal als Reaktion auf Honorarkürzungen und verweigerte Anerkennung nicht mehr zu Überstunden an Abenden und Wochenenden bereit sind. Nur diese haben hohe Impfquoten in einem engen Zeitraum ermöglicht.
- Öffentliche politische Dankbarkeitsäußerungen für Pandemie- und Impfleistungen verstehen wir unter dem Aspekt folgender Honorarkürzungen als Nachtreden der Politik. Dies ist nicht hinnehmbar, weil man an uns gleichzeitig neue Forderungen stellt:
  - Umsetzung neuer Anwendungen in der Telematik-Infrastruktur nach Zeitplan
  - Erhebliche Eigenfinanzierung des Konnektortausches

Als Vertragsärzte werden wir sehr genau prüfen, inwieweit ein ausreichender Mehrwert für uns erkennbar ist und nur diesen umsetzen. Es ist geradezu grotesk, dass GKV-Ausgaben in Höhe von 300 bis 400 Mio. Euro für einen Konnektortausch quasi klaglos akzeptiert werden und gleichzeitig an anderer Stelle Versorgung abgebaut wird.

Wir erwarten, dass Sie sich über die Konsequenzen ihrer Gesetzgebung jederzeit im Klaren sind.

Mit freundlichen Grüßen

Die Unterzeichner des offenen Briefes